



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/195 - 22.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32

Fernschreiber 039 890

Sozialdemokraten führen im Widerstandskampf der SBZ	S. 1
Antwort auf ein Pamphlet	S. 3
Adenauer und die Viermächtekonferenz	S. 5

Die Sowjetzone erwartet eine Antwort

EZ - Berlin

Kein Tag vergeht in der Sowjetzone, an dem nicht auf dem Sektor des innerdeutschen Kampfes um die Einheit Deutschlands die allein entscheidende Kraft der - um ein Wort Ulbrichts zu gebrauchen - "vom Sozialdemokratismus verseuchten Arbeiterschaft" immer deutlicher in Erscheinung tritt. Dies Faktum wiegt umso schwerer, als im Zeichen des sich verschärfenden Wahlkampfes die Regierungsparteien in Westdeutschland nur allzu beflissen die historische Rolle, die die weitgehend im Bekenntnis zur Sozialdemokratie geeinte Arbeiterschaft der Sowjetzone am 17. Juni gespielt hat, vergessen machen wollen. Es ist das beschämendste Zeugnis dieser Tage, daß die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden politischen Kreise um der Behauptung ihrer parteipolitischen und wirtschaftlichen Machtstellung willen nicht gewillt sind, die Konsequenz aus den Ereignissen des 17. Juni und der nachfolgenden Wochen zu ziehen, indem sie die Sozialdemokratie als einzig^{politisch} wirksamen Faktor im gesamtdeutschen Spannungsfeld anerkennen.

Diese Anerkennung, mit der sie nicht nur der Wahrheit die Ehre, sondern darüber hinaus sich selbst als Mitkämpfer für die vordringlichste nationale Aufgabe die Legitimation geben würden,

überlassen sie lieber dem größten Feind des deutschen Volkes, dem SED-Chef Walter Ulbricht. Es ist bezeichnend für die gegenwärtige Situation im Ringen um die deutsche Einheit in Freiheit, daß das Terror-Regime der SED die in den kirchlichen Kreisen vereinten, vorwiegend im bürgerlichen Sinne wirkenden Widerstandsgruppen der Sowjetzone als wesentlich ungefährlicheren Faktor unbehelligt läßt, um umso energischer die kommunistische Staatsmacht gegen die sozialdemokratischen Arbeiter einzusetzen. Während die von Ulbricht befohlenen Säuberungsaktionen im Parteiapparat der Wiederherstellung der Autorität der am und nach dem 17. Juni zerschlagenen Kader dienen sollen, wendet er sich mit dem ebenfalls gesäuberten Instrument des FDGB direkt gegen die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter.

Nicht die Vertreter des Bürgertums, denen übrigens Nuschke schon kurz nach dem 17. Juni öffentlich beschuldigte, daß sie sich lobenswerterweise nicht an den "Provokationen feindlicher Agenten" beteiligt hätten, sondern jene Kreise der Bevölkerung, die der Ausbeutung durch den kommunistischen Staatsapparat am meisten ausgesetzt und daher zum Kämpfer für den echten demokratischen Sozialismus geworden sind, sind für das SED-Regime zum einzig ernst zu nehmenden Widersacher der Konzeption eines kommunistischen Gesamtdeutschlands geworden.

Die Westdeutschen, die am 6. September mit ihrer Wahlentscheidung nicht nur die künftige Ordnung im provisorischen Haus der Bundesrepublik bestimmen, sondern ihre Entscheidung auch in die Waagschale des künftigen Gesamtdeutschland werfen, können unmöglich überssehen, daß östlich der Elbe allen Opfern zum Trotz die Arbeiterschaft unter der Führung von Sozialdemokraten an der ganzen Front für die Zukunft Deutschlands kämpft. Die unablässigen wirtschaftlichen Forderungen an Arbeiter, die zunehmende Bewegung der Beitragsverweigerung gegenüber dem FDGB, die Aktionen, die die Befreiung der Gewerkschaft vom Joeh der kommunistischen Staatspartei erzwingen sollen, die zunehmende Zahl der Sitzstreiks, durch die die Freilassung Verhafteter erreicht werden soll - all das sind ausgesprochene Kampfmaßnahmen. Sie werden trotz erneut verstärkten Terrors nicht von Vertretern bürgerlicher Kreise, die Adenauer immer wieder als seine sowjetzonalen Freunde apostrophiert, sondern von sozialdemokratischen Arbeitern durchgeführt. Sie zeigen, daß das Volk der Sowjetzone in seinen ärmsten Schichten zum historischen Faktor des Widerstandes geworden ist. Das Volk der Sowjetzone erwartet eine westdeutsche Antwort am 6. September.

Zu einer "wehrpolitischen Auseinandersetzung"

E.R. Die "wehrpolitische Auseinandersetzung", die hier gemeint ist, betitelt sich - ebenso falsch wie unzutreffend - "Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie". Sie ist termingerecht für den Wahlkampf erschienen im Südwest-Verlag in Stuttgart. Als Verfasser des giftsprühenden Elaborats zeichnet ein unbekannter Alfred Bornhardt

Dieser Herr Bornhardt, dem es angeblich ernst ist um eine klare wehrpolitische Haltung auch der deutschen Arbeiter, geht zwar von einem echten Problem aus. Aber er projiziert es einseitig auf die SPD, während es selbstverständlich immer aus einem wechselseitigen Verhältnis erwuchs. Statt sich mit der eingehenden und rückhaltlosen Darstellung Karl Kautskys über das Verhältnis von "Sozialisten und Krieg" (Prag, 1938) zu befassen, wobei ihm hätte aufgehen müssen, daß der "Marxismus" für den Pazifismus nur Spott und Hohn gehabt hat, daß Engels gegen das Milizsystem geschrieben und Marx gelegentlich Infanterie, Artillerie und Kavallerie die entscheidenden Artikel einer Verfassung genannt hat, statt also sich einer crasthaften Auseinandersetzung zu befleißigen, ging Bornhardt auf Hetzschriften gegen die SPD von 1875 und 1891 zurück. Er hätte sich selbst aus dem "Handwörterbuch für Staatswissenschaften" besser unterrichten können. Mit Zitaten läßt sich schließlich alles "beweisen", zumal mit Zitaten ohne Quellenangabe, die die Hauptstützen für die These Bornhardts bilden.

Daß die Sozialdemokratie niemals grundsätzlich wehrfeindlich war, vermag Bornhardt nicht zu leugnen. Er behauptet also, sie sei es praktisch stets gewesen. Die andere Tatsache, daß die SPD längere Zeit in einem Mißverhältnis zur Wehrorganisation gestanden hat, daß in ihren Reihen Pazifisten oft das Wort geführt haben ungeachtet der Erkenntnis daß ein moralisch oder religiös begründeter Pazifismus keine eigentlich politische Kategorie ist, bedarf keines Belegs durch Bornhardt. Darüber ist in den Büchern führender Sozialdemokraten das Notwendige nachzulesen.

In der Betrachtung der gegenwärtigen Nachkriegszeit berücksichtigt der Verfasser in keiner Weise, daß jede demokratische Partei annähernd die gleichen Schwierigkeiten zu überwinden hatte, wenn sie sich dem zunächst herrschenden Pazifismus der Ermüdung, des Mißtrauens und der Empörung über Siegerunrecht und -ausnutzung mit einem Bekenntnis zu neuer Wehrbereitschaft entgegenstellte. In gewisser Weise war dabei die Lage der Sozialdemokratie schwieriger als die anderer

Parteien, denn ein großer Teil ihrer Anhänger hatte den Krieg in seiner vollkommensten Entartung erlebt. Die Kritik an Generalen und an Militarismus - ein Begriff, der häufig unverständig als summarisches Schlagwort gegen alles Militärische schlechthin mißbraucht wurde - hatte jedoch ihre ernsthaften Gründe. Bücher von Nichtsozialdemokraten und Offizieren enthalten dafür genügend Bestätigungen.

Das Problem ist komplex. Eine fruchtbare Fragestellung aber wird unmöglich gemacht durch die wütende Simplifizierung, deren sich der Verfasser des hier behandelten Buches schuldig macht. Es ist Unfug oder einfach parteipolitische Demagogie, das grundsätzliche Bekenntnis der SED zur Verteidigungsbereitschaft, ihren zähen Kampf gegen Neutralismus und Ohne-mich in Zweifel zu ziehen, weil sie sich den gebotenen Bedingungen der BVG versagt. Der überquellende Zitotenschatz Bornhardts, den er gegen SPD und DGB schleudert, wobei er immer die Organisation für einzelne Äußerungen einzelner verantwortlich macht, müßte durch pazifistische Nachkriegsbekanntnisse aus den Reihen der Koalition, ja sogar der radikalen Rechten und ehemaliger Generale ergänzt werden, wenn eine echte Lagebeurteilung zustande kommen sollte.

Wenn Bornhardt sein Verdikt über die Gewerkschaften - wobei er tatsachenwidrig den ADGB von vor 1933 mit dem DGB nach 1945 gleichsetzt - mit der Behauptung begründet, der ADGB-Vorsitzende Leipart habe im Januar 1933 das "von den Soldaten" - durch General von Schleicher - angebotene Bündnis und damit eine echte politische Chance gegen den Nationalsozialismus ausgeschlagen, so ist das Geschichtsklitterung. Den Nationalsozialismus begünstigende Fehler sind vor 1933 auf allen Seiten gemacht worden. Das späte Schleicher-Angebot entsprach keiner realen Möglichkeit mehr.

Bornhardt vergißt in seinem widerspruchsvollen, für den Wahlkampf zusammengestoppelten Buch selbstverständlich nicht, jenes vor sechs Jahren im "Neuen Vorwärts" erschienene Gedicht eines früheren gesinnungstüchtigen Mitarbeiters des "Schwarzen Korps" der SS, "Der Ruhm der Soldaten", zu erwähnen. Von den folgenden Protesten sozialdemokratischer Zeitungen und tausenden sozialdemokratischer Redner nimmt er keine Kenntnis. Dagegen tut er so, als seien SPD und DGB für die Verfolgungen von deutschen Soldaten, die Aberkennung ihrer Versorgungsrechte und die summarische Diskriminierung verantwortlich. Das ist keine ehrliche Auseinandersetzung mehr, sondern Heimtücke, jenseits aller Verantwortlichkeit für das Ganze.

+ + +

Die Hoffnungen des Bundeskanzlers

-ler. Von einem deutschen Regierungschef müßte man erwarten, daß er im Hinblick auf die kommenden Viermächteverhandlungen dem deutschen Volk überzeugend versichert, daß er, soweit es überhaupt in seiner Macht liegt, alles tun werde, um diesen Verhandlungen zum Erfolg zu verhelfen. Es geht schließlich ja nicht um nebensächliche Fragen, sondern um das Schicksal Deutschlands, des ganzen Deutschland. Das ganze deutsche Volk will diese Verhandlungen, weil sie, sofern man den Krieg im Atomzeitalter als Mittel der Politik ausschalten will, der einzige Weg sind, die unglückselige Spaltung unseres Landes zu überwinden. Gewiß, auch der Bundeskanzler hat sich unter dem übermächtigen Druck von Volk und Parlament zu der Notwendigkeit eines Viermächtetreffens bekannt. Dieses Treffen soll jedoch nicht, wenn es nach ihm geht, ein ernsthafter Versuch zur deutschen Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit sein, sondern um aller Welt "die Illusionen über die Friedensliebe in der Sowjetunion zu zerstören".

Das ist ein erschreckendes Wort aus dem Munde eines Regierungschefs. Es wird in der Welt so gedeutet werden, wie es gemeint ist: Als Beweis, daß zumindest Dr. Adenauer einen möglichen Mißerfolg gar nicht so tragisch nimmt, ja, daß er sich im Grunde genommen mit der deutschen Spaltung abgefunden hat, die Einheit Deutschlands in Freiheit derzeit nicht für wünschenswert hält. In seinen praktischen Auswirkungen kommt dieses wohl aus innerstem Herzen kommende Geständnis einer völligen Kapitulation des deutschen Standpunktes in unserer Lebensfrage gleich, es ist der ausgesprochene Verzicht auf jede eigene, an alle Besatzungsmächte gerichtete Initiative zur friedlichen Beilegung des deutschen Problems.

Der deutsche Bundeskanzler bleibt sich freilich selbst treu. Den einmütigen Beschluß des deutschen Bundestages vom 10. Juni 1952, der die Besatzungsmächte zu einer Viererkonferenz aufforderte, übergab er, wie sich Hallstein seinerzeit ausdrückte, zur Weiterleitung an die Westalliierten. Churchills erlösendes Wort von einem Treffen auf höchster Ebene löste in der Umgebung des Bundeskanzlers geradezu eine Panik aus; der Präsident des Bundestages nannte den britischen Premier hinsichtlich seiner Einschätzung der Chancen einer möglichen Verständigung einen Illusionisten. Am 1. Juli dieses Jahres stimmte der Bundeskanzler gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf Abhaltung einer Viererkonferenz; sie könne nur, meinte er schon damals, in Pallaver enden.

Dr. Adenauer ist konsequent. Er fürchtet geradezu Verhandlungen, die zu einem Ergebnis führen könnten, er rechnet von vornherein mit deren Mißerfolg. Vor ihm und der ihn stützenden Koalition ist in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes kein wirksamer auf die Wiedererringung unserer Einheit in Freiheit gerichteter Anstoß zu erwarten.

Verantwortlich: Peter Raunau